

CDU: 1000 Lehrer fehlen – zu viele Ausfälle – SPD: Abenteuerliche Zahlenspielerien

In Rheinland-Pfalz fehlen aus Sicht der CDU 1000 Lehrer. Es gebe zu viel Unterrichtsausfall, kritisierte die CDU. Hochgerechnet ergäben sich durchschnittliche Ausfallzeiten von dreieinhalb Wochen pro Schuljahr. „Insgesamt fällt für einen Abiturienten in Rheinland-Pfalz ein komplettes Schuljahr durch Unterrichtsausfall aus“, monierte die bildungspolitische Sprecherin der CDU, Bettina Dickes.



Für den strukturellen, also permanenten Ausfall beispielsweise wegen Lehrermangels seien 800 neue Pädagogen nötig. Hinzukommen müssten 200 ausgebildete „Feuerwehrkräfte“ für den temporären Ausfall etwa wegen Krankheit und Fortbildung. Die Gegenfinanzierung wäre laut Dickes mit Umschichtungen im Haushalt möglich. Sie betonte, dass sich immer mehr Protest gegen die ausfallenden Schulstunden formiere.

Allein der temporäre Unterrichtsausfall beträgt nach Worten der CDU-Politikerin fünf bis sieben Prozent und nicht wie von der SPD-Landesregierung „schöngerechnet“ 1 bis 3,65 Prozent. Ursächlich für diese Unterschiede seien die Regulierungsmethoden „Selbstbestimmtes Lernen“ und „Umorganisation“, die die CDU-Fraktion als „kaschierten Unterrichtsausfall“ werte.

Bei der ersten Kategorie geht es laut Dickes um Schüler, die mit Arbeits-

aufträgen alleine gelassen würden. Bei der Kategorie „Umorganisation“ dagegen müsse ein Lehrer zwei Klassen gleichzeitig beaufsichtigen. In beiden Fällen könne nicht von echtem Schulunterricht gesprochen werden.

Auch die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Nicole Morsblech, forderte die Landesregierung auf, das Problem Unterrichtsausfall „sehr ernst zu nehmen“. Besonders problematisch sei die Situation an den Berufsbildenden Schulen, die bereits mit einem hohen strukturellen Unterrichtsausfall zu kämpfen hätten, so Morsblech.

Das Problem verschärfe sich durch zunehmend mehr Bildungsgänge in Vollzeitform, die in der Regel sinnvoll seien, aber auch erheblich mehr Personal erforderten. Zudem stehe an den Berufsbildenden Schulen die Rückgabe der so genannten Ansparrstunden bevor. Das bedeute, dass in der Vergangenheit Lehrkräfte über ihre reguläre Lehrverpflichtung hinaus Unterricht erteilt hätten. „Dem Unterrichtsausfall an den Berufsbildenden Schulen kann man nicht mehr nur mit Einzelmaßnahmen begegnen, sondern man benötigt ein Gesamtkonzept“, sagte Morsblech.

An allen Schularten gebe es ein Problem in den Mangelfächern. Das seien insbesondere, aber inzwischen nicht nur, mathematisch-naturwis-



senschaftliche Fächer. Problematisch sei auch, dass den Vertretungskräften häufig eine vollständige Qualifikation als Lehrkraft fehle. Deshalb müssten die Mittel für Vertretungsunterricht zum Teil in Beamtenstellen umgewandelt werden, um eine qualifizierte regionale Vertretungsreserve aufbauen zu können, forderte Morsblech.

Ulla Brede-Hoffmann, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, kritisierte die Ausführungen der CDU-Abgeordneten Dickes. „Mit abenteuerlichen, nicht nachvollziehbaren Zahlenspielerien will Frau Dickes Zweifel an der staatlichen Bildungsstatistik schüren. Horrorszenarien werden an die Wand gemalt und mit nichts belegt.“

Sowohl strukturell als auch temporär könne sich die Unterrichtsversorgung im Ländervergleich durchaus sehen lassen. Das liege vor allem an einer konsequenten Einstellungspolitik. So seien in den vergangenen zehn Jahren 5000 Lehrerstellen bei gleichzeitigem Rückgang der Schülerzahlen um 20 000 Schülerinnen und Schüler geschaffen worden. Darüber hinaus helfe das Projekt ‚Erweiterte Selbstständigkeit‘ den Schulen, den temporären Unterrichtsausfall, d.h. den Ausfall wegen Krankheit, Fortbildung zu mindern, so Brede-Hoffmann.

